

NÖN.at

Quelle: NÖN.at

Adresse: <https://www.noen.at/gmuend/gmuend-thema-migration-fluechtlinge-dialog-eingefordert-migration-fluechtlinge-verein-for-us-122168775>

Datum: 30.10.2018, 14:56

★ **Gmünd** Ⓒ Erstellt am 30. Oktober 2018, 19:26
von **Michael Schwab**

Gmünd

Thema Migration & Flüchtlinge: Dialog eingefordert

Statt Vorträgen wollte man miteinander diskutieren – etwa, warum es keine Deutschkurse gibt.



Der Geschäftsführer des Kompetenzzentrums „for us“, Gerhard Fallent, mit den Podiumsteilnehmern: Bürgermeisterin Helga Rosenmayer, Landtagsabgeordneter Gottfried Waldhäusl, die Dornbirner Integrationsbeauftragte Elisabeth Planinger und Universitätsprofessor Martin Heintel. | 📷 Michael Schwab

Bei der Dialogveranstaltung „Migration quer gedacht“ des Kompetenzzentrums „for us“ aus Groß Gerungs gingen die Erwartungen der Zuschauer und die Intention des Veranstalters offensichtlich weit auseinander.

Ziel war es, Migration in all ihren Facetten zu beleuchten, von der Bildungs- über die Alters- bis zur stets heiß diskutierten Fluchtmigration. Neben Bürgermeisterin Helga Rosenmayer und FPÖ-

Landesrat Gottfried Waldhäusl waren auch der Universitätsprofessor Martin Heintel und die Integrationsbeauftragte der Stadt Dornbirn, Elisabeth Planinger, am Podium.

"Das ist eine Irreführung bei der Einladung"

„for us“-Geschäftsführer Gerhard Fallent ging zu Beginn auf die Pöchhacker-Studie ein, welche den Bezirk Gmünd, wie Fallent erklärte, durch eine ungünstige Wahl der Indikatoren als Schlusslicht im Zukunftsranking erscheinen ließ. An dieser Stelle meldete sich Schuhproduzent Heini Staudinger angesichts des bevorstehenden langen Vortragsprogramms zu Wort: „Sie können nicht zu einem Dialog einladen, und dann zwei Stunden Referate halten. Das ist eine Irreführung bei der Einladung.“

Fallent nahm den Einwand zur Kenntnis. Martin Heintel versprach, seinen Vortrag etwas zu raffen. Er relativierte die Ergebnisse der Pöchhacker-Studie weiter und meinte, dass ein Bevölkerungsrückgang von 3.872 Personen von 2002 bis 2017 im Waldviertel relativ entspannt zu sehen sei, es aber ohne Zuzug in ganz Österreich kein Bevölkerungswachstum gäbe. Elisabeth Planinger stellte vor, was in Dornbirn in puncto Integration getan wird.

Dann war das Publikum am Zug – mit einem Thema: Die aktuelle Situation in der Flüchtlingsbetreuung mit kurzfristigen Quartierschließungen, Umsiedlungen quer durchs Land, Kürzungen von Mitteln, Streichung von Deutschkursen für Asylwerber und der Vorwurf an die Politik, den Asylsuchenden das Leben möglichst schwer zu machen.

Zwei Fronten: Helfer gegen Waldhäusl

Es bildeten sich zwei Fronten – auf der einen Seite Menschen, die sich ehrenamtlich für das Wohl der Flüchtlinge einsetzen und wissen wollen, weshalb Familien innerhalb einer Frist von drei Tagen umsiedeln müssen und Kurse gestrichen werden, und das Betreuungszentrum der Diakonie in Gmünd vor der Schließung steht, und auf der anderen Seite der für die Integration zuständige Landesrat Gottfried Waldhäusl, der auf die geltenden Gesetze („Ich vollziehe Gesetze“) und Missstände in den Quartieren verwies, die Schließungen erforderlich machen würden.

Waldhäusl sprach auch an, dass aufgrund der sinkenden Flüchtlingszahlen immer wieder Quartierbetreiber bei ihm zu intervenieren versuchten, damit man ihnen Flüchtlinge schicke, um eine Schließung zu vermeiden.

Arbeit der Freiwilligen wurde gelobt

Auch Fallent wurde unter Beschuss genommen, weil er mit Verweis auf den Datenschutz nicht näher auf die konkreten Gründe für eine von den Freiwilligen vorgebrachte konkrete Umsiedlung eingehen konnte.

Bürgermeisterin Helga Rosenmayer lobte die Arbeit der Freiwilligen, und forderte konkrete Vorschläge, wie man solche Einzelschicksale vermeiden könne, und forderte die freiwilligen Helfer auf, ihre Wünsche zu nennen. Hier kristallisierte sich heraus, dass es nötig sei, Rahmenbedingungen zu schaffen, welche verhindern, dass die Ehrenamtlichen überfordert werden – konkret: einen Integrationsbeauftragten wie in Dornbirn als Idealvorstellung.

Bürgermeisterin Helga Rosenmayer versprach, diesen Wunsch mitzunehmen und im Stadt- und Gemeinderat zu diskutieren.